

DeGeDe

aus: DeGeDe (Hrsg.) (2016): Hommage an die
Demokratiepädagogik – 10 Jahre DeGeDe
Sammlung von Veröffentlichungen aus 10 Jahren
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Berlin

Magdeburger Manifest

Im Rahmen der Halbzeitkonferenz des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ wurde das „Magdeburger Manifest“ zur Demokratiepädagogik verabschiedet. Das Manifest beschreibt in 10 Punkten, warum demokratiepädagogische Aktivitäten in Deutschland engagiert vorangebracht werden müssen. Das Gründungsmanifest der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik wurde von den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft unterzeichnet.

1. Demokratie ist eine historische Errungenschaft. Sie ist kein Naturgesetz oder Zufall, sondern Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung. Sie ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung. Demokratie kann und muss gelernt werden individuell und gesellschaftlich. Die Demokratie hat eine Schlüsselbedeutung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Die Entwicklung und die ständige Erneuerung demokratischer Verhältnisse bildet deshalb eine bleibende Aufgabe und Herausforderung für Staat, Gesellschaft und Erziehung.
2. Die Erfahrung der Geschichte ebenso wie gegenwärtige Entwicklungen und Gefährdungen, insbesondere Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Antisemitismus, zeigen, dass die Demokratisierung von Staat und Verfassung nicht genügt, die Demokratie zu erhalten und mit Leben zu erfüllen. Dazu bedarf es vielmehr einer Verankerung der Demokratie nicht nur als Verfassungsanspruch und Regierungsform, sondern als Gesellschaftsform und als Lebensform.
3. Demokratie als Gesellschaftsform bedeutet, sie als praktisch wirksamen Maßstab für die Entwicklung und Gestaltung von zivilgesellschaftlichen Gemeinschaften, Verbänden und Institutionen zu achten, zur Geltung zu bringen und auch öffentlich zu vertreten.
4. Demokratie als Lebensform bedeutet, ihre Prinzipien als Grundlage und Ziel für den menschlichen Umgang und das menschliche Handeln in die Praxis des gelebten Alltags hineinzutragen und in dieser Praxis immer wieder zu erneuern. Grundlage demokratischen Verhaltens sind die auf gegenseitiger Anerkennung beruhende Achtung und Solidarität zwischen Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter oder gesellschaftlichem Status.
5. Politisch und pädagogisch beruht der demokratische Weg auf dem entschiedenen, und gemeinsam geteilten Willen, alle Betroffenen einzubeziehen (Inklusion und Partizipation), eine abwägende, gerechtigkeitsorientierte Entscheidungspraxis zu ermöglichen (Deliberation), Mittel zweckdienlich und sparsam einzusetzen (Effizienz), Öffentlichkeit herzustellen (Transparenz) und eine kritische Prüfung und Revision von Handeln und Institutionen mit Maßstäben von Recht und Moral zu sichern (Legitimität).
6. Demokratie lernen und Demokratie leben gehören zusammen: In demokratischen Verhältnissen aufzuwachsen und respektvollen Umgang als selbstverständlich zu erfahren, bildet die vielleicht wichtigste Grundlage für die Herausbildung belastbarer demokratischer Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten. Die Entwicklung demokratischer Handlungs-

kompetenz erfordert darüber hinaus Wissen über Prinzipien und Regeln, über Fakten und Modelle sowie über Institutionen und historische Zusammenhänge.

7. Demokratie lernen ist eine lebenslange Herausforderung; jede neue gesellschaftliche und politische Situation kann auch neue Fähigkeiten und demokratische Lösungswege verlangen. Ganz besonders stellt Demokratie lernen aber ein grundlegendes Ziel für Schule und Jugendbildung dar. Das ergibt sich zuerst aus deren Aufgabe, Lernen und Entwicklung aller Heranwachsenden zu fördern. In welchem Verhältnis Einbezug und Ausgrenzung, Förderung und Auslese, Anerkennung und Demütigung, Transparenz und Verantwortung in der Schule zueinander stehen, ist mitentscheidend dafür, welche Einstellung Jugendliche zur Demokratie entwickeln und wie sinnvoll, selbstverständlich und nützlich ihnen eigenes Engagement erscheint.

8. Demokratie wird erfahren durch Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung. Diese Erfahrung bildet eine wichtige Grundlage dafür, dass Alternativen zur Gewalt wahrgenommen und gewählt werden können und dass Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit (Selbstwirksamkeit) mit der Bereitschaft, sich für Aufgaben des Gemeinwesens einzusetzen, sich zusammen ausbilden können. Ebenso hängt von dieser Erfahrung die Fähigkeit ab, Zugehörigkeit zu anderen und Abgrenzung von anderen als demokratische Grundsituation verstehen zu können und sie nicht mit blinder Gefolgschaft, mit der Abwertung anderer und mit Fremdenfeindlichkeit zu beantworten.

Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen sind weithin auch eine Folge fehlender Erfahrung von Zugehörigkeit, mangelnder Anerkennung und ungenügender Aufklärung.

9. Der Anspruch, Demokratie lernen und Demokratie leben in der Schule miteinander zu verbinden, hat Konsequenzen für Ziele, Inhalte, Methoden und Umgangsformen in jedem Unterricht und für die Leistungsbewertung. Er impliziert die Bedeutung von Projektlernen als einer grundlegend demokratisch angelegten pädagogischen Großform, er schließt die Forderung ein, Mitwirkung und Teilhabe in den verschiedensten Formen und auf den verschiedensten Ebenen des Schullebens und der schulischen Gremien zu erproben und zu erweitern und verlangt die Anerkennung und Wertschätzung von Aktivitäten und Leistungen, mit denen sich die Schüler- und Lehrerschaft über die Schule hinaus an Aufgaben und Problemen des Gemeinwesens beteiligen.

10. Erziehung zur Demokratie und politische Bildung stellen für die Schule, besonders für Lehrerinnen und Lehrer, eine Aufgabe von zunehmender gesellschaftlicher Wichtigkeit und Dringlichkeit dar. Alle staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kräfte sind gefordert, pädagogische Anstrengungen auf diesem Feld zu unterstützen, mit ausreichenden Mitteln zu versehen und ihre öffentliche Wahrnehmung zu stärken.

DeGeDe, www.degede.de, 2005, Berlin.

Das Manifest wurde in der Gründungsversammlung von den Gründungsmitgliedern der DeGeDe verabschiedet.

Demokratiepädagogik in der Einwanderungsgesellschaft

Arbeitspapier des DeGeDe-Arbeitskreises:

Schule in der Einwanderungsgesellschaft 2011

„Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet.“ (Heribert Prantl in der SZ vom 10.07.2006)

Die deutsche Gesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft. Viele Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, sprachlichen Bezügen, unterschiedlichen Geschlechts, Alters, aus verschiedenen Herkunftsregionen und -ländern betrachten Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt. Viele Menschen in dieser Gesellschaft sind jedoch von der Demokratie und damit von der gemeinsamen Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft ausgeschlossen. Aus verschiedenen Gründen können sie nicht an der Demokratie, am sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen. Manche besitzen nicht die deutsche oder eine EUStaatsbürgerschaft, so dass ihnen selbst das kommunale Wahlrecht in Deutschland verwehrt bleibt, oder sie werden aufgrund von Herkunft, Religion, Sprache oder Hautfarbe auf dem Wohnungs-, Arbeitsmarkt oder in der Schule diskriminiert¹

Zwar gibt es gesetzliche Grundlagen, die Teilhabe und Teilnahme an der demokratischen Gemeinschaft sichern. Art. 3 des Grundgesetzes, der so genannte Gleichheitsgrundsatz, stellt gesetzlich sicher, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, Rasse², Sprache, Heimat, Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt wer-

den darf. Ebenso hat Deutschland die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Art. 1 besagt, dass „[a]lle Menschen ... frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ sind.

Im Jahr 2006 trat außerdem in Deutschland das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft mit dem „Ziel ..., Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“ (Art. 1 AGG). Es stellt die konkrete gesetzliche Grundlage bereit, sich bei Diskriminierungserfahrungen nun auch rechtlich wirksam wehren zu können.

Diese rechtlichen Grundlagen reichen jedoch nicht aus, die Gleichheit und Gleichbehandlung der Menschen zu gewährleisten. Die Realität der demokratischen Einwanderungsgesellschaft in Deutschland sieht anders aus und es ist eine gesamtgesellschaftliche und nie abgeschlossene Aufgabe, Gleichheit und Gleichbehandlung herzustellen. In Gesellschaften, so auch in Deutschland, werden anhand bestimmter Kriterien (z. B. Staatsbürgerschaft, ethnische Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion usw.) Differenzlinien. Entlang dieser Differenzlinien entstehen Machtgefälle: „Die Unterscheidung von Menschen und ihre Einteilung in materiell und symbolisch hierarchisch geordnete Gruppen sind dabei verbunden mit Bildern über diese sozialen Gruppen und der Zuschreibung von Eigenschaften und Wesensmerk-

malen, welche als quasi natürlich vorgestellt werden. Diese Konstruktionen wirken als ‚Platzanweiser‘ und legen damit in einem nicht deterministischen Sinne die Position sozialer Gruppen und Einzelner in einer sich so etablierenden Ordnung nahe.

Rassismus ist also immer mit Machtverhältnissen, dem Zugang zu Ressourcen und sich unterscheidenden Möglichkeitsräumen verbunden und dient als „Legitimationslegende“ der Rechtfertigung der hegemonialen Struktur und den daraus hervorgehenden Praxen des Ausschlusses und der Ungleichbehandlung“(Mecheril/Melter 2009: 16).³

Die Ziehung von Differenzlinien und ihre Auswirkungen sind also einer gesellschaftlichen Dynamik im Spannungsfeld von Mehrheit und Minderheiten geschuldet, der die Gesellschaft selbst durch Aufgeklärtheit und Selbstreflexion entgegenwirken muss. Die Verweigerung von Teilhabemöglichkeiten und damit verbundene Diskriminierung findet sowohl auf individueller Ebene, als Beleidigung, Zurücksetzung oder Ungleichbehandlung einer Person, als auch auf institutioneller Ebene⁴, z. B. durch Ausübung von diskriminierenden Routinen und Verfahrensweisen innerhalb einer Institution statt.

Die historisch seit der europäischen Kolonialzeit im gesellschaftlichen Diskurs verankerten und in institutionellem wie individuellem Verhalten sich äußernden diskriminierenden Kategorien schaffen und reproduzieren vielfältige Zugangsbarrieren, die verhindern, dass alle Mitglieder unserer Gesellschaft gleichermaßen an den gesellschaftlichen Entscheidungen und Ressourcen partizipieren können. Besonders prekär ist die Situation in Deutschland lediglich „geduldeter“ Menschen. Sie werden in doppelter Weise benachteiligt, da sie dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen bleiben, ohne eine Perspektive, dies ändern zu können. Dasselbe gilt für in die Illegalität gedrängte Menschen.

Drei Dimensionen⁵ von Demokratie – Anspruch und Wirklichkeit in der Einwanderungsgesellschaft

Konzeptionell kann das Verständnis von Demokratie in drei Dimensionen aufgefächert werden (vgl. Himmelmann 2004), die zusammen die Qualität einer funktionierenden Demokratie ausmachen: Demokratie als Herrschaftsform, Demokratie als Gesellschaftsform und Demokratie als Lebensform.

Demokratie als Herrschaftsform: Mit der Dimension der Demokratie als Herrschaftsform ist die „Staatlichkeit der Demokratie“ angesprochen. Diese Dimension bezieht sich auf die Demokratie als institutionalisierte Form der Volkssouveränität: dazu zählt das System der repräsentativen Demokratie mit den Wahlen der parlamentarischen Vertretung, dem Parlament, der Gewaltenteilung und dem Rechtsstaat. Voraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie als Herrschaftsform sind politische Gleichheit und politische Beteiligungsrechte für alle Bürger/innen.

Demokratie als Gesellschaftsform: Die Dimension der Demokratie als Gesellschaftsform bezieht sich auf die Verankerung der Demokratie im Herzen der Gesellschaft, d. h. die Verankerung und Weitergabe demokratischer Prinzipien im gesellschaftlichen Leben und in Institutionen, ohne die eine Demokratie nicht möglich wäre. Dazu gehören eine starke Zivilgesellschaft mit einem breiten bürgerschaftlichen Engagement, eine Gesellschaft, in der Pluralismus und soziale Differenz Raum haben, Konflikte friedlich geregelt werden und wirtschaftlicher Wettbewerb unter fairen Bedingungen stattfinden kann.

Demokratie als Lebensform: Die Dimension der Demokratie als Lebensform bezieht sich auf die Kultur des alltäglichen sozialen Zusammenlebens in der Gesellschaft, auf die individuellen sozialmoralischen Grundlagen der Demokratie. Hier geht

es um gelebte Demokratie, Toleranz, Solidarität und Selbstorganisation in zwischenmenschlichen Beziehungen.

Betrachtet man die Realität der demokratischen Einwanderungsgesellschaft Deutschlands, können für alle drei Dimensionen Zustände beschrieben werden, die verändert werden müssen und an denen eine Demokratiepädagogik in der Einwanderungsgesellschaft ansetzen muss:

In der Dimension der *Demokratie als Herrschaftsform* lassen sich strukturelle Diskriminierungen sowie Verletzungen der Menschenrechte innerhalb des politischen Systems ausmachen. Beispiel: Seit dem 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht werden im kommunalen Wahlrecht Bürger/innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in zwei Gruppen mit unterschiedlichen Rechten unterteilt: EU- Bürger/innen und so genannte Drittstaaten-Angehörige. Während EU-Bürger/innen ihr kommunales Wahlrecht passiv und in weiten Teilen auch aktiv ausüben dürfen, haben die übrigen Bürger/innen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit keinerlei kommunales Wahlrecht. Dies ist in verschiedenen Ländern der EU (wie Schweden, Dänemark und Irland) anders.

In der Dimension der *Demokratie als Gesellschaftsform* sind Ungleichbehandlung und Ungleichheit sichtbar in Machtverhältnissen innerhalb der Gesellschaft und damit verbundenen Privilegien für einzelne Gruppen. Die Mechanismen von Diskriminierung wirken auf institutioneller und gesellschaftlicher/kultureller Ebene. Beispiele: Seit Jahrzehnten werden nicht-deutsche Arbeitnehmer/innen durch die Beschäftigungsverfahrensverordnung auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt; Migrant/innen werden von Wohnungsgesellschaften Wohnungen verweigert mit dem Argument, im Gebiet wohnten schon zu viele Migrant/innen; es besteht eine schlechtere Versorgung von Migrant/innen im Gesundheitssystem, weil professionelle Übersetzungsdienste

vorenthalten werden; ein Bundesland verweigert illegalisierten Kindern das Grundrecht auf Bildung; die strukturelle Benachteiligung von Schüler/innen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem, die u. a. PISA aufgezeigt hat usw.

In der Dimension der *Demokratie als Lebensform* zeigen sich Ungleichbehandlung, und Ungleichwertigkeit in existierenden individuellen Vorurteilen und interaktionaler Diskriminierung.

All diese Realitäten zeigen, dass die Demokratie in der Einwanderungsgesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist, sondern ein stetes Bemühen von Individuen, Gesellschaft, Institutionen und Politik verlangt, sich für Gleichheit, Gleichwertigkeit, Gleichbehandlung und Gerechtigkeit einzusetzen und die beschriebenen Zustände zu ändern.

Schlussfolgerungen für eine Demokratiepädagogik in der Einwanderungsgesellschaft

Eine Demokratiepädagogik in der Einwanderungsgesellschaft muss dafür an den oben beschriebenen Realitäten in allen drei Dimensionen von Demokratie ansetzen. Hauptziel dieser Demokratiepädagogik ist es, auf eine auf den allgemeinen Menschenrechten und dem Grundgesetz basierende demokratische Einwanderungsgesellschaft hinzuwirken, die partizipativ, inklusiv und diskriminierungsfrei ist.

Neben der Schule und dem Bildungssystem sind auch die Zivilgesellschaft und die öffentlichen Räume der Bürgergesellschaft Fokus dieser demokratiepädagogischen Bemühungen.

Eine Demokratiepädagogik in und für die Einwanderungsgesellschaft umfasst dabei sowohl, Kompetenzen von Individuen zu entwickeln, aber auch – und genauso stark – die institutionelle und systemische Ebene zu bearbeiten, z. B. in Form von Schulentwicklung und Schulkulturentwicklung.

Individuelle Kompetenzentwicklung⁶

Auf der Ebene der Demokratie als Herrschaftsform:

- Entwicklung von differenzierter und aufgeklärter Urteilsbildung und Entscheidungsfindung, insbesondere im Kontext von Diskussions-, Entscheidungs- und Verteilungsprozessen der Einwanderungsgesellschaft,
- Aneignung von Wissen und Kenntnissen als Grundlage solcher Urteilsbildung und Entscheidungsfindung,
- Entwicklung von Analysefähigkeit, um strukturelle Diskriminierungen und Verletzungen der Menschenrechte innerhalb des politischen Systems benennen und daraus Konsequenzen ableiten zu können,
- Kennenlernen von Formen und Funktionsweisen des Menschenrechtsschutzes und der Antidiskriminierungsgesetzgebung,
- Wissen über Möglichkeiten, sich für den Menschenrechtsschutz und die Einhaltung der Antidiskriminierungsgesetzgebung einzusetzen.

Auf der Ebene der Demokratie als Gesellschaftsform:

- Vermittlung von Kenntnissen und Bereitschaft, sich für eine partizipative, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaftsform zu engagieren und sie aktiv durch eigene Partizipation und Mitwirkung in lokalen und globalen Kontexten mitzugestalten,
- Analysefähigkeit, um bestehende Machtverhältnisse innerhalb der Einwanderungsgesellschaft identifizieren zu können,
- Wissen und Analysefähigkeit um Mechanismen von Diskriminierung in der Gesellschaft aufzudecken

Auf der Ebene der Demokratie als Lebensform:

- Entwicklung von Anerkennung, Selbstwirksamkeit und Verantwortungsbereitschaft,
- Entwicklung eines Bewusstseins für eigene Vorurteile,
- Entwicklung von Reflexionsfähigkeit über Vorurteile und Diskriminierungserfahrungen,
- Entwicklung von Reflexionsfähigkeit über eigene Deutungsmuster und die anderer sowie deren Entstehung und Konsequenzen.

Systemische / Institutionelle Entwicklung

- Interkulturelle Schulentwicklung, die institutioneller und interaktionaler Diskriminierung entgegenwirkt, sie aufdeckt und bekämpft,
- Schaffung von Gelegenheiten zum Erwerb der für ein Engagement für eine partizipative, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaftsform notwendigen Kompetenzen,
- Schaffung von Gelegenheiten zum Aufbau und zur Entwicklung demokratischer Werte und Orientierungen und Einstellungen,
- Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit durch Ansätze der inklusiven Schulentwicklung (z. B. Index for Inclusion),
- Weiterentwicklung, Umsetzung und Implementierung von Verfahren demokratischer Meinungs-, Entscheidungs- und Konsensfindung in der Zivilgesellschaft, die im Kontext von Diversitäten und vor dem Hintergrund bestehender Ein- und Ausschlusslinien in der Einwanderungsgesellschaft die Teilhabe aller Akteure ermöglichen.

Ziel der Arbeit des Arbeitskreises Demokratiepädagogik in der Einwanderungsgesellschaft ist es deshalb, mit geeigneten Ansätzen auf eine partizipative, inklusive und diskriminierungsfreie Schule und Gesellschaft hinarbeiten. Partizipativ meint dabei, eine Beteiligungskultur zu schaffen, die im Kontext von Diversitäten und vor dem Hintergrund bestehender Ein- und Ausschlusslinien in der Einwanderungsgesellschaft eine Teilhabe aller Akteure ermöglicht. Inklusiv meint, Teilhabegerechtigkeit herzustellen und die Interessen und Bedürfnisse

aller Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, zu berücksichtigen. Diskriminierungsfrei meint, die Menschenrechte für alle Menschen vollständig umzusetzen, eine Praxis der Antidiskriminierung und Vorurteilsbewusstheit in der Gesellschaft zu schaffen.

DeGeDe, www.degede.de, 2009, Berlin.

Das Papier „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“ wurde in einer Arbeitsgruppe, die zwei Jahre getagt hat, erarbeitet und verabschiedet.

Endnoten

1. Vgl. Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2008). Antidiskriminierungsreport Berlin 2006-2008. Berlin.
2. Die Verwendung des Begriffs „Rasse“ ist problematisch zu beurteilen, da der Begriff aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammt und in der Geschichte Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen und Genozide – gerade auch in Deutschland – mit vermeintlich genetischen „Rassenunterschieden“ und einer Hierarchisierung einzelner „Rassen“ gerechtfertigt wurden. (vgl. dazu UNESCO-Erklärung gegen den „Rasse“-Begriff (<http://www.inidia.de/rasse-begriff-unesco.htm> [16.7.2009]))
3. Mecheril, P./ Melter, C. (2009). Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kontur eines wissenschaftlichen Feldes. In: Mecheril, P./ Melter, C. (Hrsg.). Rassismuskritik. Band I. Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/ Ts.
4. Institutionelle Diskriminierung bezeichnet ein kollektives Versagen einer Organisation, eines Organs, Menschen gerecht zu behandeln. Diese Diskriminierung wirkt durch Routinen, tägliche Verfahren und ist Teil eines institutionellen Habitus. Dieser existiert z. T. unbemerkt und unabhängig von der Ebene individuellen Handelns und kann nur durch eine aktive, die Mechanismen der Institution, des Organs, modifizierende Politik verändert werden (vgl. Gomolla, M. (2005). Schulentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft. Münster: Waxmann).
5. Himmelmann, G. (2004). Demokratielernen – Was? Warum? Wozu?. Beiträge zur Demokratiepädagogik. Berlin: BLK-Modellprogramm Demokratie lernen & leben. Download unter: <http://blkdemokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Himmelmann.pdf> [6.7.2009]
6. vgl. hierzu auch den Beitrag von Anne Winkelmann (2007). Demokratie-Lernen aus der Perspektive des Anti-Bias-Ansatzes. In: Europahaus Aurich (Hrsg.). Methodenbox: Demokratie-Lernen und Anti-Bias-Arbeit. Aurich. (CD-Rom)

Selbstverständnis und Selbstdarstellung der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.

Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) ist ein gemeinnütziger Verein, der demokratische Bildung und Erziehung in Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche fördern will. Das Engagement des Vereins richtet sich auf die Förderung der Demokratie als Thema und als Prinzip schulischen und außerschulischen Lernens und als Ziel der Schulentwicklung. Wesentliche Aufgaben sind Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz und Verwirklichung demokratischer Lebensformen bei Kindern und Jugendlichen. Im Mittelpunkt steht dabei das Wohl jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen und seine Fähigkeit zu Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung in allen Bereichen der Gesellschaft. Entscheidende Bedeutung misst die DeGeDe, in diesem Zusammenhang, den Menschen- und

Kinderrechten bei – im Bildungssystem, in der Schulkultur und im Lebensalltag.

Die DeGeDe beabsichtigt somit, einen Beitrag zur Wahrung und zur Entwicklung der Demokratie in Gesellschaft und Staat zu leisten. Demokratie hat nur Bestand und kann sich nur weiterentwickeln, wenn in der jungen Generation Interesse für das Gemeinwesen und demokratisches Engagement selbstverständlich werden. Nicht nur die Schule, alle Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft, mit denen die junge Generation zu tun hat, haben daher die Verantwortung, sie zu demokratischer Mitwirkung zu ermutigen. Das setzt voraus, dass Staat und Gesellschaft die Rechte von Kindern und Jugendlichen respektieren, schützen und ausgestalten hilft.

Die Mitglieder der DeGeDe verbindet die Überzeugung, dass sich bürgerschaftliches Engagement nur durch frühe Erfahrungen demokratischer Lebensformen – angefangen vom Hort, Kita über Grundschule bis zur Sekundarschule und darüber hinaus – entwickeln kann. Demokratie muss für Kinder und Jugendliche durch Praxis erfahrbar sein: Das

ist der Grundgedanke der Demokratiepädagogik. In der Konzentration auf dieses Ziel unterscheidet sich die DeGeDe von anderen Verbänden und Organisationen.

Berlin, Mitgliederversammlung 2009

Knüpfen eines Netzwerks

In der DeGeDe arbeiten Fachleute aus Wissenschaft, Schulforschung und Schulpraxis, Verlagswesen und Bildungspolitik mit Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden zusammen. Die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe ist keine Voraussetzung für die Mitgliedschaft: Die Tätigkeit des Vereins wird durch den Erfahrungsaustausch aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern bereichert. Die korporative Mitgliedschaft von Schulen und anderen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und -initiativen ist erwünscht.

Eintreten für Formen demokratischen Lernens

Die DeGeDe betrachtet es als ihre Aufgabe, öffentlich, insbesondere gegenüber politischen Entscheidungsträgern- und Verwaltungen, für Kinderrechte, Jugendpartizipation, die Verwirklichung von Formen demokratischen Lernens und die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Jugendarbeit, Schulen und Kindereinrichtungen einzutreten.

Verwirklichen der UN-Kinderrechtskonvention

Maßgebend sind für die DeGeDe dabei die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und die Selbstverpflichtung von Ländern und Kommunen zu einer demokratischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wie sie teilweise bereits in Schulgesetzen und Verwaltungsordnungen vorgesehen ist. Das schließt Engagement gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus ein. In der Einwanderungsgesellschaft hat die Demokratiepädagogik die besondere Verpflichtung, Inklusion zu fördern. Sie ist daher sensibel für alle Formen der Ungleichheit und Benachteiligung, und sie setzt sich für Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung aller Menschen ein.

Verbünden mit demokratiepädagogischen Akteuren

Die DeGeDe versteht sich als Verbündete aller Akteure, die sich für eine Pädagogik der Anerkennung, der Inklusion, Partizipation und Verantwortung engagieren und demokratisches Engagement fördern und entwickeln. Sie tritt für Bildungsgerechtigkeit ein und arbeitet konzeptionell und praktisch an der Entwicklung demokratiepädagogischer Organisationsformen und Strukturen in allen Bildungsbereichen.

Sie vermittelt gute Beispiele aus der Praxis. Sie trägt zur internationalen Zusammenarbeit an demokratiepädagogischen Vorhaben bei und unterstützt Projekte der Citizenship Education.

Arbeiten an der Schnittstelle zwischen Ökonomie, Ehrenamt und Stiftungen

Die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenzen fördert die Fähigkeit zu Selbstbestimmung und sozialer Verantwortung Jugendlicher im Bereich der Wirtschaft. Die DeGeDe fördert deshalb die sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Entwicklung und Umsetzung partizipativer- und kooperativer Formen der Arbeit. Sie arbeitet dafür mit Partnern zusammen, die an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Ehrenamtlichkeit innovativ tätig sind.

Prioritäten setzen in der Schul- und Unterrichtsentwicklung

Zur Verwirklichung ihrer Ziele arbeitet die DeGeDe mit Stiftungen, Bildungswerken und Sponsoren zusammen. Die DeGeDe ist Netzwerk, Forum und politischer Impulsgeber. Sie ist kein berufsständischer Fachverband und keine wirtschaftliche Interessenvereinigung.

Die Schule steht als gesellschaftliche Institution und als kinder- und jugendkulturelle Lebensumgebung im Mittelpunkt demokratischer Erziehung und Bildung. Die demokratiepädagogische Schulentwicklung ist für die DeGeDe deshalb ein besonders wichtiger Schwerpunkt.

Im Dialog mit der Kultusministerkonferenz und den Lehrerbildungseinrichtungen der Bundesländer setzt sich die DeGeDe dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler größeren Einfluss als bisher auf die Gestaltung von Unterricht und Schulkultur gewinnen und dafür – nicht zuletzt durch Klassenrat, Aushandlungsrunden und Schülerfeedback – entsprechende Mitwirkungsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Demokratie darf in der Schule nicht nur zitiert, sie muss gelebt werden.

Die DeGeDe unterstützt prioritär die Entwicklung des Klassenrats als verbindliches Merkmal demokratiepädagogischer Schulqualität. Wenn der Klassenrat angemessen praktiziert wird, ist er ein wesentliches Beratungs- und Aushandlungsforum, das nicht nur der basisdemokratischen Selbstregulation dient, sondern zum Träger sozialer und ökologischer Projekte und zum Medium bürgerschaftlichen Engagements werden kann.

Solche Lernarrangements setzen eine Kultur der Anerkennung, der Selbstwirksamkeit und der Verantwortungsübernahme voraus. Für viele deutsche Schulen bedeutet dies einen epochalen Umbruch – im Blick auf Schülerinnen und Schüler als Mitgestaltende, hinsichtlich der Lehrerrolle sowie im Umgang mit Differenzen und Konflikten.

Brücken schlagen zwischen Politikdidaktik und Demokratiepädagogik

Nicht nur Lehrende und Lernende, die gesamte Organisation der Schule muss dialog- und konfliktfähig werden; und nur, wenn sie dies wird, ist sie

friedensfähig in einer stetsheterogener werdenden gesellschaftlichen Umwelt. Demokratiepädagogik ist eine Aufgabe der gesamten Schule.

Prioritäten setzen in der Schul- und Unterrichtsentwicklung

Eine demokratische Schule kann die Demokratieerziehung nicht einem einzelnen Fach als Aufgabe zuweisen: Sie muss sie zu einer Angelegenheit für alle machen. Das stellt die politische Bildung keineswegs in Frage. Politikdidaktik und Demokratieerziehung ergänzen sich gegenseitig. Als Ziel der Unterrichtsgestaltung hat sich längst das Leitbild des Kompetenzerwerbs durchgesetzt; Kompetenz schließt Wissen ein, umfasst indessen Handlungsfertigkeiten, Anstrengung des Willens und Motivation zum Handeln. Politiklehrer/innen kennen die Begrenztheit bloßer Institutionenkunde. Die Institutionen der demokratischen Republik müssen sich deshalb für die Schülerinnen und Schüler als reale Handlungsräume aufschließen, in denen sich demokratische Handlungskompetenz entfalten kann. Ihren Erwerb durch selbstständiges Lernen und aktive Teilhabe an Unterrichtsgestaltung und Schulleben zu ermöglichen, sollte Aufgabe sowohl von Demokratiepädagogik als auch von Politikdidaktik sein. Die DeGeDe will daher auch auf Verbandsebene die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten stärken.

Sich gesellschaftlichen Herausforderungen stellen

Zu den gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart gehören die Globalisierung und die darauf mit Abwehrreagierenden Bewegungen. Mit Besorgnis sehen wir extremistische, menschenfeindliche und totalitäre Ideologien in Deutschland und in Europa Fuß fassen. Demokratiepädagogik steht immer auch im Dienste der Prävention von Gewalt und Extremismus.

Gemeinsam aktiv mitwirken!

Für die genannten Ziele will die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. ihre Öffentlichkeitsarbeit intensivieren. Dazu ist der Umbau der regionalen Vereinsstruktur unerlässlich.

Wir rufen alle, denen Demokratiepädagogik ein wichtiges Anliegen ist, dazu beizutragen und aktiv in der DeGeDe mitzuwirken!

DeGeDe, www.degede.de, 2010, Berlin.

Das Selbstverständnis wurde im Vorstand erarbeitet und auf der Mitgliederversammlung 2010 verabschiedet.

Gedanken zur Zukunft der Demokratiepädagogik

Einführung

„Demokratie‘ bezeichnet eine historische Errungenschaft, deren Erhalt und Entwicklung – als Lebensform, als Gesellschaftsform und als Regierungsform – sich nicht von selbst ergibt, sondern von dem Wissen, den Überzeugungen und der Bildung aller abhängt.“

So hieß es 2001 im Gutachten zum Programm „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Konferenz für Bildungsplanung und Forschungsförderung, das erstmalig die gezielte Förderung demokratischer Einstellungen und Haltungen in deutschen Bildungseinrichtungen systematisch erprobte, erforschte und verbreitete. Im Jahr 2005 mündeten die Ergebnisse und Erfahrungen der ersten Jahre des Programms in der Veröffentlichung des Magdeburger Manifests zur Demokratiepädagogik und der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik. Heute feiern wir das 10-jährige Jubiläum dieser wichtigen Meilensteine der Demokratiepädagogik.

Vergleichen wir die heutige Situation der Demokratiepädagogik im Allgemeinen und der DeGeDe im Besonderen mit der zur Zeit der Gründung der DeGeDe, gibt es große Fortschritte zu verkünden: Der Begriff und das Konzept der Demokratiepädagogik haben sich etabliert und es hat sich ein lebendiger demokratiepädagogischer Diskurs in Wissenschaft und Praxis entwickelt. Die Demokratiepädagogik hat viele prominente Unterstützer in Politik und Gesellschaft gewonnen. Das Netzwerk demokratiepädagogisch arbeitender Vereine, Initiativen, Projekte,

Unternehmen, Freiberufler und Menschen ist kontinuierlich gewachsen; Heute realisiert fast jede große Stiftung demokratiepädagogische Projekte oder denkt das Thema mit. Die DeGeDe ist oft mit dabei.

Über die Jahre haben auch immer mehr Schulen Elemente der Partizipation und der Demokratiepädagogik in ihre Praxis integriert oder das Themenfeld gar als Qualitätsmerkmal ihres Schulkonzepts etabliert. Während wir anfangs um jede Schule kämpfen mussten, um sie für diese Themen zu gewinnen, rennen wir heute oft offene Türen ein. Wir wissen heute (ungefähr), welche demokratiepädagogischen Instrumente wirken und wie Schulen eine demokratische Lern- und Schulkultur entwickeln können. Wir können die Qualität der Umsetzung beurteilen und haben Erfahrungen darin gesammelt, Schulen in ihrer Entwicklung zu begleiten. Kurz: Wir wissen heute, wie Demokratiepädagogik in Schulen gelingt.

Auf diese Erfolge und Entwicklungen können und sollten wir stolz sein.

Klar ist aber auch: Von einem gerechten, demokratischen und demokratiefördernden Bildungs-

system, in dem alle Bildungseinrichtungen die Demokratiepädagogik als selbstverständlichen Bestandteil ihres pädagogischen Auftrags und ihrer inneren Verfasstheit sehen, sind wir auch heute noch weit entfernt.

Die 2001 konstatierten Gefährdungen für die Zukunft der Demokratie, die Ausgangspunkt für das BLK- Programm „Demokratie lernen und leben“ waren – Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Gewalt in der Schule sowie mangelnde Anerkennung und Wertschätzung von Kindern und Jugendlichen bestehen auch heute noch.

Denken wir an die Ereignisse der letzten Jahre, der letzten Monate, der letzten Tage, sehen wir eine Demokratie, die vielfältigen Angriffen ausgesetzt ist. Jede Woche strömen tausende Menschen zu den Demonstrationen von Pegida, Legida und co., wo eine für uns unvorstellbare Menschenfeindlichkeit gefeiert wird. Zusammen mit der AfD, aber auch PolitikerInnen aus anderen Parteien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens schaffen sie ein Klima der Angst und Gewalt, in dem es nicht nur möglich war, dass es bis Mitte Oktober diesen Jahres fast 600 Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte gab. Vielmehr sehen es erschreckend viele Menschen als ihr Recht, als Notwehr an, wenn sie wehrlose und schutzsuchende Menschen angreifen und terrorisieren.

Die Aufklärungsquote dieser Verbrechen ist erschreckend niedrig. Wird doch einmal ein Verbrechen aufgeklärt, müssen wir unerträgliche Äußerungen wie die anhören, dass ein aus der Angst vor Überfremdung verübter Brandanschlag kein politischer, kein rechtsextremer Akt sei.

Dieser sich zunehmend aggressiv äußernden Angst vor einer „Islamisierung“ Deutschlands steht zugleich eine andere Form der Menschenrechts- und Demokratiefeindlichkeit gegenüber. Die islamistische Radikalisierung junger Menschen,

der Terror des IS und die schrecklichen Massaker in Paris und Beirut sind gleichermaßen Angriffe auf unsere Demokratie, auf unsere Werte und auf unsere Überzeugungen. Diese müssen wir nicht nur verteidigen, sondern auch den nachkommenden Generationen bewahren und ihnen helfen, sie zu verinnerlichen.

Neben diesen bestürzenden Entwicklungen sehen wir in den letzten Monaten aber auch eine ungebrochene Welle der Hilfsbereitschaft, mit der viele tausende Menschen die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge unterstützen und die sich engagieren dafür, dass die neu in Deutschland ankommenden Kinder und Jugendlichen, Frauen und Männer nicht nur überleben, sondern ein neues Leben in Deutschland beginnen können. Diese Willkommenskultur überrascht uns positiv und erfüllt uns mit Kraft, den Angriffen auf die Menschenwürde etwas entgegenzusetzen.

Die vielen neu zugewanderten Kinder und Jugendliche stellen eine große Herausforderung für unser Bildungssystem und eine große Chance für unsere Gesellschaft dar. Damit die Integration dieser neuen Deutschen gelingt, ist es nicht mit Sprachbildung getan. Wir als DemokratiepädagogInnen stehen in der Pflicht dazu beizutragen, dass diese Kinder und Jugendlichen gut in Deutschland ankommen, ihren Platz in diesem Land finden und ihren Beitrag dazu leisten können, diese Einwanderungsgesellschaft mit zu gestalten.

Vor dem Hintergrund dieser großen Herausforderungen ist es unsere Überzeugung, dass eine Schlussfolgerung aus dem Gutachten zum BLK- Programm heute eine mindestens ebenso große Bedeutung hat wie 2001:

„Vielmehr kann „Demokratie lernen und leben“ als das beste Mittel und das eigentliche Ziel bei der Auseinandersetzung mit diesen demokratiefeindlichen Erscheinungen aufgefasst werden.“

Demokratiepädagogik neu aufgestellt

„Demokratiepädagogik neu aufgestellt“ ist der Titel der heutigen Veranstaltung. In der Veranstaltungstiteln eigenen Verkürzung der Tatsachen mag das so klingen, als sei das ein abgeschlossener Prozess. Vielmehr ist es aber genau das Gegenteil: Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Demokratiepädagogik neu aufzustellen, damit sie dazu beitragen kann, diese großen Herausforderungen demokratisch zu gestalten.

Wie eine solche neu aufgestellte Demokratiepädagogik aussehen kann, haben wir in den letzten Monaten mit vielen von Ihnen diskutiert, und diesen Prozess möchten wir auch in den kommenden Wochen und Monaten fortsetzen und in konkretes Handeln überführen.

Im Folgenden möchten wir sechs Thesen oder auch Fragen thematisieren, die skizzieren, worin wir zukünftige Handlungs- und Denkanforderungen an die Demokratiepädagogik sehen.

Politik und Partizipation in der Demokratiepädagogik

Die Demokratiepädagogik darf Demokratie nicht auf Partizipation und strukturelle Fragen der Beteiligung verkürzen, sondern muss sich auch mit demokratischen und politischen Themen auseinandersetzen.

In der Demokratiepädagogik haben wir in den letzten 10 Jahren einen starken Schwerpunkt auf das Thema Partizipation und auf strukturelle Fragen der Beteiligung gelegt. Unser primäres Ziel war und ist es, Bildungseinrichtungen zu demokratisieren. Wir wollten sie dafür gewinnen, die Kinder und Jugendlichen an sie betreffenden Fragen zu beteiligen und die undemokratischen Machtverhältnisse in den Bildungseinrichtungen aufzubrechen. Dafür haben wir Modelle entwickelt und verbreitet, die dies (vor allem in der Schule) auf allen Ebenen möglich machen – vom Klassenrat über die Partizipation am eigenen Lernen bis zum Schulparlament. Nicht zuletzt der heute Nachmittag erstmals ver-

liehene “Preis für demokratische Schulentwicklung” zeigt, wie positiv sich das auf Schulkulturen, das schulische Leben, auf die pädagogische Qualität von Schule auswirkt. Nicht ohne Grund ist es eines der Mantren des Deutschen Schulpreises, dass gute Schulen immer auch demokratische Schulen sind.

Wir hatten und haben gute Gründe für diese Schwerpunktsetzung: *Demokratie kann nur gelernt werden, wenn sie auch gelebt wird.*

Nun, wo wir in diesem Bereich große Fortschritte gemacht haben, und in der aktuellen politischen Situation müssen wir uns aber eine wichtige Frage stellen: Reduzieren wir mit diesem Fokus die Demokratie nicht auf ihre prozessualen und formellen Aspekte, auf die Mitwirkung in Gremien und die Beteiligung an Entscheidungen? Kurz: *Machen wir die Demokratie damit nicht langweilig?*

Demokratische Gremien und Prozesse sind kein Selbstzweck, sondern Mittel dafür, große Fragen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft wertevoll zu diskutieren und auszuhandeln.

Wir halten es für zentral, dass die Demokratiepädagogik diese großen Fragen – Demokratie, Kinder- und Menschenrechte, Einwanderung, Inklusion, Gerechtigkeit, Frieden, Nachhaltigkeit, Diversity und viele mehr – aktiv aufgreift und in den Bildungseinrichtungen zum Thema macht.

Wir müssen uns darüber verständigen, wie Politik und die großen Fragen unserer Gesellschaft in der

Schule nicht nur behandelt, sondern auch verhandelt werden können.

Wenn wir diesen Weg gehen und inhaltliche und politische Fragestellungen in der Demokratiepädagogik stärker in den Blick nehmen, stellen sich aber auch neue Fragen für das pädagogische Handeln.

Wenn wir an Projekte denken, die sich nicht nur theoretisch mit einem Thema beschäftigen, sondern die Schüler*innen zu eigenem Engagement motivieren, werden die Fragezeichen noch größer:

Gehören politische Meinungen überhaupt in die Schule? Können wir ein Projekt realisieren, in dem wir Flüchtlingen helfen, wenn vielleicht manche Schülerinnen und Schüler der Klasse (oder ihre Eltern) „Asylkritiker“ sind? Was tun wir, wenn sich eine Gruppe von Schüler*innen entschließt, ein Projekt gegen Flüchtlinge umzusetzen? Können wir ein Projekt gegen Homophobie starten, wenn Schüler*innen in der Klasse Probleme mit Homosexualität haben? Oder müssen wir das gerade dann tun? Was machen wir, wenn die politische Einstellung der Schüler*innen mit der eigenen Einstellung kollidiert?

Die einfache, „technokratische“ Antwort auf diese Fragen wäre es natürlich, sich auf den Beutelsbacher Konsens – vor allem das Überwältigungsverbot – zu berufen und sich in der demokratiepädagogischen Arbeit in Projekte zu flüchten, in denen sich diese Fragen nicht stellen.

Wir glauben hingegen, dass wir gemeinsam nach Wegen suchen müssen, auch kontroverse Themen in der Schule zu behandeln und Projekte zu realisieren, die sich mit der Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsform befassen. In unserem demokratiepädagogischen Repertoire haben wir viele Methoden und Ansätze, die uns helfen, dabei das politische Selbstbestimmungsrecht der Kinder und Jugendlichen zu achten. Wir können uns den Themen forschend und nicht meinungsorientiert

nähern, mit Rollenspielen und anderen Methoden des Perspektivwechsels arbeiten und vieles mehr.

Denn klar muss dabei sein, dass Pädagog*innen niemals das Ziel verfolgen dürfen, Kinder und Jugendliche zu indoktrinieren, zu instrumentalisieren oder von ihren eigenen politischen Ansichten zu überzeugen.

Ebenso deutlich sagen wir – und das ist uns heute besonders wichtig –, dass es andererseits auch keine Beliebigkeit in nicht verhandelbaren Fragen unserer Gesellschaft, unserer Demokratie und unseres Zusammenlebens geben darf. Die Grundrechte, die Kinder- und Menschenrechte, die Würde jedes einzelnen Menschen sind der normative Bezugspunkt all unseres Denkens und Handelns.

Um unterscheiden zu können, wo die Grenze zwischen den unverrückbaren Grundpfeilern der Demokratie und persönlichen Meinungen verläuft, brauchen Pädagog*innen eine demokratische Haltung und eine Kompetenz, die wir *Grundrechte- und Grundwerteklarheit* nennen. Diese ist auch notwendig, um religiös gefärbte Konflikte in der Klasse oder Jugendgruppe aushalten und gestalten zu können.

Zielsetzung der Demokratiepädagogik: Emanzipation vs. Leitkultur

Demokratiepädagogik hat eine emanzipatorische Zielsetzung. Sie befähigt Kinder und Jugendliche darin, den Gang der Welt beeinflussen zu können.

Gerade dann, wenn wir darüber nachdenken, wie die Demokratiepädagogik die Integration der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen unterstützen kann, müssen wir uns darüber im Klaren sein, welches Ziel wir mit ihr verfolgen. Nur so können wir unterscheiden, wer wahre und wer falsche Freunde sind:

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich die Wortmeldungen politisch Verantwortlicher, die fordern, die Flüchtlinge müssten die deutschen Werte und Normen, die deutschen Gesetze, kurz: die deutsche Leitkultur erlernen. Dafür werden häufig auch Bildungseinrichtungen in die Pflicht genommen.

Man kann sich nun fragen, ob es nicht gerade Aufgabe der Demokratiepädagogik ist, diese Leitkultur in den Schulen zu vermitteln.

Wir glauben das nicht. Wir sind vielmehr überzeugt, dass eine Pädagogik der Demokratie darauf zielen muss, Kindern und jungen Menschen einen selbstständigen und eigenverantwortlichen Aneignungsprozess demokratischer Werte, Normen und Prozesse zu ermöglichen und diesen zu fördern.

Wir können die Demokratie und unsere Werte jungen Menschen nicht überstülpen.

Unser Ziel ist es, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu selbstständigen, mündigen Bürger*innen unserer Demokratie zu fördern, zu begleiten und zu inspirieren.

Dabei leitet uns der ethische und lerntheoretische Kerngedanke Wolfgang Edelsteins: Wir müssen Kindern und Jugendlichen ermöglichen, Erfahrungen von Wertschätzung, Selbstwirksamkeit und Beteiligung zu erleben.

Dann können sie die Kompetenzen entwickeln, die sie brauchen, um sich eine Welt, die sich ständig verändernd, permanent neu aneignen zu können. Nur dann können sie das Zutrauen und die Fähigkeiten entwickeln, selbst den Gang der Welt beeinflussen zu können.

Wir denken, dass eine neu aufgestellte Demokratiepädagogik eine emanzipatorische Zielsetzung haben muss, und keine, die auf die Vermittlung

einer deutschen Leitkultur zielt. Sie ist kein staatstragendes Projekt, das Gefahren der bestehenden Ordnung sozusagen weg-pädagogisiert. Sie sieht Demokratie als entwicklungs-offene, auch fehlerfreundliche Gesellschaftsform – auf einem klaren Wertefundament.

Erweiterung der demokratie- und lerntheoretischen Fundierung

Demokratiepädagogik orientiert sich mehr oder weniger explizit an sozial-kommunitären Demokratievorstellungen. Neuere Zeitdiagnosen und Demokratietheorien machen es erforderlich, diese normativen Orientierungen zu überprüfen und ggf. selbstkritisch zu erweitern.

„Demokratie ist eine Lebensform, bestimmt durch werktätigen Glauben an die Möglichkeiten in der menschlichen Natur. [...] Es ist der Glaube an die Fähigkeit jedes Menschen, sein eigenes Leben zu leben, frei von Zwang durch andere, vorausgesetzt, dass die richtigen Grundlagen geschaffen sind. Demokratie ist eine Lebensform für das Individuum, bestimmt nicht nur durch Vertrauen in die menschliche Natur im allgemeinen, sondern durch das Vertrauen in die Fähigkeit der menschlichen Wesen, unter geeigneten Umständen, intelligent urteilen und handeln zu können. [...] Demokratie ist der Glaube an die freundschaftliche Zusammenarbeit [...].“

Diese emphatische Vorstellung von Demokratie formulierte der Nestor der Demokratiepädagogik John Dewey zu Beginn des Zweiten Weltkrieges; sie liegt unserem Engagement zugrunde.

Der hier benannte „Glaube“ hat der Demokratiepädagogik den Vorwurf zuteilwerden lassen, Demokratie quasi religiös aufzuladen.

Doch der Glaube an die „Fähigkeiten jedes Menschen“ war und ist notwendig gewesen, um

überhaupt an der bereits angesprochenen Emanzipation arbeiten zu können.

Die im Magdeburger Manifest genannten Kriterien „Partizipation und Deliberation“ lassen die sozial-kommunitären demokratietheoretischen Perspektiven erahnen, die diesem Engagement zugrunde liegen und der „freundschaftlichen Zusammenarbeit“ entsprechen sollen. Ziel dieser ist es angesichts globaler und nationalstaatlicher Krisenerscheinungen, „Demokratie-Potentiale“ durch die Förderung gesellschaftlicher Gemeinsamkeiten und Gemeinschaften zu entdecken. Viele demokratiepädagogische Bauformen orientieren sich an diskursethischen Praktiken – am „Vertrauen, intelligent urteilen und handeln zu können“.

In seiner Festrede für Wolfgang Edelstein fragte Peter Fauser – etwa vor einem Jahr: „Sind wir mit unserem Verständnis von Demokratietheorie und Demokratiewissenschaft noch auf der Höhe der Zeit?“ – Neuere Zeitdiagnosen und demokratietheoretische Angebote machen es unseres Erachtens dringend notwendig, uns der Frage demokratiepolitischer Grundlagen intensiver zu stellen.

Nehmen wir – um nur Stichworte zu nennen – post-demokratische Diagnosen oder Kritiken an einer „simulativen Demokratie“ zur Kenntnis, so müssen wir davon ausgehen, dass „die richtigen Grundlagen und geeigneten Umstände“ im Sinne Deweys und für den „Glaube“ nicht mehr vorhanden sind.

Bedenkenswert sind unseres Erachtens etwa auch Ansätze „Radikaler Demokratie“, die unsere sozial-kommunitären Vorstellungen gar als entpolitisiert kritisieren, weil sie immer vorhandene und vor allem auch emotional genährte oder wirkende gesellschaftliche Antagonismen verleugnen würden. Aufgabe wäre es dann, im Sinne einer Soziologie-Didaktik gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu klären, wie zukünftig mit diesen Differenzen und Antagonismen in der Demokratie

als Gesellschaftsform umzugehen ist. Konzeptionell und programmatisch fragt eine demokratietheoretische Reflexion demokratiepädagogischen Handelns zudem, was wir wozu machen: Der politikdidaktische Hinweis auf eine mögliche Parallelisierungsfalle ist dann berechtigt, wenn es uns nicht gelingt, demokratiepädagogische Ziele kontextdifferenziert auszuloten.

Globalisierung und Internationalisierung der deutschen Demokratiepädagogik

Die (deutsche) Demokratiepädagogik war in den vergangenen Jahren notwendig ein auf nationalstaatliche Herausforderungen konzentriertes Projekt. Um zukünftigen demokratiepolitischen Herausforderungen entsprechen zu können, benötigen wir eine kosmopolitische Perspektive – und internationale Kontakte.

Das BLK-Programm Demokratie leben und lernen konzentrierte sich notwendigerweise auf die bereits genannten innergesellschaftlichen Herausforderungen Deutschlands.

In den vergangenen zehn Jahren haben sich globale Transformationen – und wir müssen leider konstatieren – vor allem globale Krisen ereignet und vollzogen, die innergesellschaftlich und nationalstaatlich nicht zu lösen sein werden.

Traditionelle Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates, die Einheit von Territorialität, Souveränität und nationaler Zivilgesellschaft sind ebenso in Frage gestellt wie gewohnte Muster der Willensbildung und Legitimität.

Für diese sich transformierende krisenhafte Welt benötigen wir einen anderen Beobachtungsstandpunkt – einen kosmopolitischen Blick – um zu erfassen, in welchen gesellschaftlichen Wirklichkeiten wir leben und handeln.

Globalisierung ist – auch im politischen Sozialisationsprozess – eine kontinuierliche „Transformation der vertrauten Welt“, die eine „Dezentrierung eingelebter Perspektiven“ bewirkt. Diese Dezentrierungen können – individuell wie gesellschaftlich – ausgesprochen bereichernd gestaltet und erlebt werden, soziale und politische Kreativität ermöglichen. Sie können aber auch als unzumutbare Verunsicherungen Ängste erzeugen – die politisch instrumentalisiert werden.

Demokratiepädagogik ist heute zwangsläufig – und zum Glück! – eine Global Citizenship Education – ein zentrales Paradigma der Unesco. Unsere Aufgabe wird es sein, kosmopolitische Lernprozesse zu fördern: Wie leben und lernen wir Demokratie in einer entgrenzten Welt?

Es wird dann darum gehen, die Ausbildung „weltbürgerlicher Identitäten“ – jenseits eines „nationalstaatlichen Containers“ (Gerd Steffens) – zu fördern. Diese Identitäten transzendieren partikulare Gemeinschaftsbindungen, indem sie sich an der „Idee des Menschen“ orientieren. Dazu braucht es den Willen und eine pädagogische Intentionalität, die bereit dazu ist, Heranwachsende auf die humane Gestaltung weltgesellschaftlicher Verhältnisse vorzubereiten.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir uns stärker als bisher auch organisatorisch internationalisieren. Den kosmopolitischen Blick können wir nicht am Schreibtisch entwickeln. Die DeGeDe muss versuchen, Kontakte zu demokratiepädagogisch-affinen Organisationen auf der ganzen Welt zu suchen – wir brauchen diese auch geografisch anderen Perspektiven auf die Welt – auch, um Europa nicht zu überschätzen.

Verankerung von Demokratiepädagogik als Bestandteil der Pädagogenprofessionalität in Aus- und Weiterbildung

Noch mehr als bisher müssen wir es schaffen, unsere Themen in die Breite zu tragen und in den verschiedenen Bereichen des Bildungssystems zu implementieren. Kein Lehrer und keine Lehrerin sollte in den Schuldienst starten, ohne im Rahmen seines Studiums und Referendariat demokratiepädagogische Grundlagen kennen gelernt und angewendet zu haben.

Wie weiter oben ausgeführt, darf es dabei nicht nur um die Gestaltung von Beteiligungsprozessen gehen. Diese haben in Form verschiedenster reformpädagogisch inspirierter Lernmethoden ja auch schon längst Eingang gefunden in die verschiedenen Ausbildungsabschnitte.

Stattdessen geht es vor allem um den Aspekt der Demokratie- und Grundwerteklarheit, denn alle Lehrkräfte sind gefordert, wenn die Demokratie im Klassenzimmer herausgefordert wird. Wir nehmen wahr und bekommen zurückgemeldet, dass sich viele Lehrkräfte heute überfordert fühlen, die Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform im Klassenzimmer zu vertreten und im Zweifel zu verteidigen. Ähnlich wie für Lehrer*innen gilt dies selbstverständlich auch für alle anderen im Bildungsbereich tätige Personen.

Demokratiepädagogische Methodensicherheit und eine demokratische Haltung müssen selbstverständlicher Bestandteil der Pädagogenprofessionalität sein. Was die Überprüfung dessen angeht, denken wir natürlich weniger an Radikalenerlass und Gesinnungspolizei. Meinungspluralität auf Grundlage der Grundrechte ist wichtig, auch die pädagogische Autonomie ist in diesem Sinne ein wichtiges Gut. Die Vermittlung demokratischer Handlungskompetenz und demokratischer Haltung muss aus unserer Sicht aufgenommen werden in die Maßnahmen der Qualitätssicherung der Bundes-

länder, insbesondere in die Referenzrahmen und die Schulinspektionen. Demokratische Handlungskompetenz im Sinne von Beteiligungsstrukturen und demokratiepädagogischer Schulentwicklung hat hier in den meisten Bundesländern ja bereits einen Platz gefunden; hierauf könnte man aufbauen. Weiterhin sollte es in allen Bundesländern Beratungsstellen geben, an die sich Lehrkräfte und auch Schüler*innen wenden können. Die Beratungsstellen für Rechtsextremismus sind hier ein guter Anfang, auch wenn ihr Angebot von den meisten Schulen wohl noch nicht angenommen wird und auch wenn die Gefährdung von Demokratie nicht bei extremistischen Positionen anfängt.

Megatrends und globale Herausforderungen sind aktuelle Themen

Gesellschaftliche Megatrends und globale Herausforderungen müssen zum Thema in der Weiterentwicklung der Demokratiepädagogik – wie auch unserer Arbeit in der DeGeDe – werden.

Ein Aspekt, den wir hier nur am Rande ansprechen möchten, der aus unserer Sicht aber auch eine wichtige Rolle spielt, um Demokratiepädagogik neu aufzustellen, ist, bei den Themen und Inhalten am

Puls der Zeit zu sein. Was das für unsere originären Themen, die Demokratie und die Pädagogik, bedeutet, haben wir in diesem Vortrag ausgeführt.

Das gilt aber auch für Themen, die erst auf den zweiten Blick, dafür dann aber vielleicht umso mehr, mit Demokratie und Pädagogik zu tun haben, da sie die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen von heute und der Gesellschaft der Zukunft betreffen: Die Bekämpfung der Armut, die Global Goals, der Klimaschutz oder die Lösung der Finanzkrise sind Beispiele für solche globalen Herausforderungen.

Diese haben oft noch zu wenig Raum in Schulen, hier können demokratiepädagogische Methoden helfen, denn Kinder und Jugendliche haben oft auch ein Bedürfnis, sich diesen wichtigen Zukunftsthemen zu widmen – die Vielfalt der Projekte, die sich jedes Jahr bei „Demokratisch handeln“ bewerben, ist hierfür Zeugnis. Ähnlich gilt dies für die großen gesellschaftlichen Trends wie Digitalisierung, immer stärker werdende Vernetzungen oder die Veränderung von Arbeit. Das besondere an diesen Trends ist, dass sie nicht nur inhaltliche demokratische Implikationen haben, sondern auch neue Möglichkeiten bieten, demokratisches Handeln in der Schule einzuüben. Die Demokratiepädagogik muss mutig sein und diese Möglichkeiten nutzen.

Professionalisierung der DeGeDe als politikfähige Organisation am Puls der Zeit

Um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, ist es unabdingbar, dass wir als Organisation uns nicht nur neu vergewissern, an welchen Themen wir arbeiten müssen, sondern auch, wie wir das am erfolgreichsten angehen können. Seit zehn Jahren ist unsere Gesellschaft für Demokratiepädagogik notorisch klamm, fast alle Aktivitäten, auch die Organisation dieser Tagung, hängen vor allem am Ehrenamt. Das ehrt in der Sache natürlich. Um wirklich schlagkräf-

tig zu werden, brauchen wir professionelle Strukturen. Dass wir die Organisation nicht aus der Retorte entwickeln, sondern auf zehn Jahre organisch und vor allem durch Begeisterung als Motor gewachsene Strukturen aufbauen, ist dabei ein großer Vorteil.

Wenn wir jetzt davon sprechen, die Organisation zu professionalisieren, geht es uns nicht im ersten Schritt darum, ein neues bundesweites Schulent-

wicklungs-Pilotprogramm auf den Weg zu bringen, auch wenn es für ein solches durchaus gute Gründe gibt. Uns schwebt eine Mischung aus Netzwerk-Knotenpunkt, Service-Büro und Demokratie-Labor vor, das mittels der Möglichkeiten digitaler Kommunikation agil zu den benannten Themen arbeitet und Menschen zusammen bringt.

In den letzten zehn Jahren haben wir eine solche Netzwerkstruktur aufgebaut, die sicherlich im pädagogischen Bereich ihres gleichen sucht – aber auch ein solches Netzwerk koordiniert sich nicht von alleine. Wir möchten deshalb unsere Ausführungen beenden mit einer Partnerschaftsanzeige:

„Junge und sich immer wieder neu erfindende, weltoffene und wertgebundene, intelligente und inspirierende Organisation sucht wohlhabende und wohlmeinende Partner, die nicht auf das schnelle Glück aus sind, für eine langfristige Bindung.“

DeGeDe, www.degede.de, 2016, Berlin.

Die „Gedanken zur Zukunft der Demokratiepädagogik“ wurden von den Autoren auf der **Veranstaltung zu 10 Jahren DeGeDe im November 2015** vorgestellt und gilt als Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre.



Wer wir sind

Die **Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)** setzt sich als gemeinnützige Organisation für Demokratie im Bildungswesen ein. In der DeGeDe engagieren sich Fachleute aus Wissenschaft, Schulforschung und Schulpraxis, Verlagswesen und Bildungspolitik mit Eltern, Kindern und Jugendlichen sowie Studierenden. Gemeinsam sind wir in der demokratiepädagogischen Wissenschaft und Praxis aktiv.

Wir treten ein für die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenzen bei allen beteiligten Akteuren, die Förderung demokratischer Organisationskulturen in schulischen und außerschulischen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung einer lebendigen Demokratie.

Der Grundkonsens der DeGeDe besteht darin, dass Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden und gesellschaftlichen Entscheidungen gleichberechtigt partizipieren können und ihnen damit die Möglichkeit gegeben wird, soziale, moralische und demokratische Kompetenzen zu erwerben.

Die DeGeDe hat ihre Wurzeln im Engagement gegen neonazistische und rassistische Ausschreitungen Anfang des letzten Jahrzehnts. Sie ist die natürliche Verbündete all jener, die in Ländern und Gemeinden das Zusammenleben in einer vielfältigen, pluralistischen Gesellschaft fördern und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entgegenreten.

Unterstützen Sie uns!

Die DeGeDe lebt von den Menschen, die sich für mehr Demokratiepädagogik engagieren. Unterstützen Sie uns dabei – mit einer Spende oder Ihrer Mitgliedschaft!



*Mehr Informationen
und Publikationen:*

www.degede.de

*Hommage an die Demokratie-
pädagogik – 10 Jahre DeGeDe*

**Sammlung von Veröffentlichungen aus 10 Jahren
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik**

Die deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik dankt den Verlagen, die es ermöglicht haben, diese Online-Fassung zum 10-jährigen Bestehen der DeGeDe zu veröffentlichen

Berlin 2016